

Romain Bieber
Administrateur Délégué
Réseau Objectif Plein Emploi, Luxembourg
2012

Das politische Experiment « Solidarwirtschaft » in Luxemburg

Zusammenfassung

Das politische Experiment « Solidarwirtschaft » in Luxemburg

Seit dem Juni 2009, dem Jahr der letzten nationalen Legislativwahlen, hat Luxemburg einen beigeordneten Minister für Solidarwirtschaft im Wirtschaftsministerium.

Der Beitrag soll aufzeigen wie in Luxemburg gewachsene Ideen aber auch reale Umsetzungen von solidarwirtschaftlichen Konzepten, wenn sie dann in die Mainstream –Politik aufgenommen werden, sich langsam von jeglicher Alternativkultur entfernen und entfremden sodass recht wenig übrigbleibt von der ursprünglich gemeinsam angedachten Grundkonzeption.

Der Beitrag befasst sich ebenfalls mit der parteipolitischen Dimension welche hier beleuchtet wird indem die Protagonisten der Solidarwirtschaft zu einem gewissen Moment den militanten Geist einer für Fortschritt stehen wollenden sozialistischen Partei in die Gefilde des militanten Handelns begleiten wollten und zur Kenntnis nehmen mussten dass eine politische Position im Sinne der Aktion von den politischen Akteuren nicht zu halten ist.

Es wird deutlich gemacht dass wenn ein Konzept wie das der Solidarwirtschaft bis zu einem Objekt des allgemeinen Interesses wird, es riskiert von verschiedenen gesellschaftlichen Kräften vereinnahmt zu werden. Dass diese Kräfte auf der Basis einer noch zarten Legitimität, die Gesamtkonzeption in ihre verschiedenen Bestandteile zu zerlegen versuchen um sich gewisse Teilaspekte für die eigenen verfolgten Strategien zu Eigen zu machen.

Die gesellschaftlichen Kräfte welche durchaus ein Interesse an Aspekten zu Inhalt und Symbolik der Solidarwirtschaft haben und in diesem Text behandelt werden sind die Politik im Allgemeinen und die Parteipolitik im Besonderen, die Zivilgesellschaft in ihrer basisdemokratischen und territorialen Verantwortung, die professionellen sozialen Akteure, die Wissenschaftler und die Forschung und die Wirtschaft in Form der Betriebe wie auch in ihrer politischen Repräsentation.

Solidarwirtschaft in Luxemburg, eine kritische Zeitreise.

Dieser Beitrag ist wissentlich keine wissenschaftliche Abhandlung des Begriffs Solidarwirtschaft. Es wird viel eher versucht eine existierende Begrifflichkeit in Form eines real existierenden Projektes in Luxemburg, das sich auf eine spezifische und gewachsene Form der Solidarwirtschaft beruft in ihrer Entwicklung und vielleicht in ihrem Niedergang, zeitlich begleitend zu beschreiben. Nichtsdestotrotz soll es auf

jeden Fall ein positiver Beitrag zur Thematik der partizipativen Demokratie sein, ein Aufruf an die Zivilgesellschaft weiter für ihre Belange einzutreten und sich nicht in ihren Bestrebungen selber « die Dinge » in die Hand zu nehmen, entmutigen zu lassen.

Wissend dass eine Legislaturperiode in Luxemburg 6 Jahre dauert, behandelt der Beitrag also die Periode von 2009, Einsetzung der neuen Regierung mit einem beigeordneten Minister für Solidarwirtschaft im Wirtschaftsministerium, bis 2012 und versteht sich als Zwischenbilanz einer verfehlten Politik in Bezug auf vorher definierte gemeinsame Ambitionen und Ziele von OPE und deren Forschungsarbeiten in Bezug auf Solidarwirtschaft als reale und machbare Alternative zur einseitigen neoliberalen Wirtschaftspolitik, mit den innersozialistischen Parteikräften die ebenso an einer gesellschaftlichen Transformation hin zu einer gerechteren Wirtschaftspolitik interessiert waren.

Objectif Plein Emploi (OPE), ist ein Netzwerk in Luxemburg bestehend aus lokalen, regionalen und sektoriellen Vereinigungen und einem Ressourcenzentrum, welche sich der Einsetzung eines dritten Wirtschaftspfeilers, der Solidarwirtschaft, verschrieben haben. Dazu mehr in den verschiedenen Artikeln.

Es geht mir darum in diesem Beitrag durch die Ansammlung von Artikeln aufzuzeigen wie eine enthusiastisch von den Sozialisten, die sich als progressive politische Kraft verstehen, aufgenommene Idee der Solidarwirtschaft langsam in den Gefilden einer omnipräsenten Realpolitik, unweigerlich bis zur Unkenntlichkeit deformiert wird.

Hierfür werden verschiedene von mir veröffentlichte und nicht veröffentlichte Artikel aus Tageszeitungen mehr oder weniger chronologisch angeführt und ergeben so hoffentlich ein zu verstehendes Gesamtbild einer Situation die in ihrer geschriebenen Form als politisches Patchwork angesehen werden kann. Ein Zeitdokument welches genauso gut die Anfänge des Projektes in einem bestimmten wichtigen Moment zeitbezogen beleuchtet, die Evolution auch im Rahmen eines neuerlichen Zeitfensters zu betrachten versucht und so ganz konkret beschreiben will inwieweit von einem bestimmten Moment an aus dem Projekt eine politische Realität wird (Die Schaffung eines Ministeriums für Solidarwirtschaft) und wie die dafür verantwortlichen sozialistischen Minister es fertigbringen sich im Rahmen einer sich in der politischen Mitte anbietenden neoliberalen Politik ein gewachsenes Gebilde der Solidarwirtschaft das seine Wurzeln in der Entstehungsphase der sozialistischen Idee im 19ten Jahrhundert findet, in einem Zeitraum von 3 Jahren zu zerstören. Das Agieren dieser politischen Instanzen hat und hatte somit oft einen schizophoren Charakter, welcher durch die erwähnten Artikel plastisch und exemplarisch dargestellt werden soll.

Zum Verständnis der folgenden aufeinanderfolgenden Artikel möchte ich jedoch einige Bemerkungen vorrausschicken die ein Verstehen auf einer allgemeingültigeren Ebene ermöglichen sollen. Seit den 70 - 80ziger Jahren hat überall in Europa das stattgefunden was man im Rahmen des europäischen Sozialmodells als vom Staat an zivilrechtliche Organisationen delegierte gemeinnützige Aufgaben verstand. Diese beruhten auf einer gemeinsamen Analyse der Defizite welche in der Gesellschaft ausgemacht werden konnten und der

Delegation der Mission zur Behebung dieser Defizite an verantwortliche Träger, sowie deren Finanzierung aus dem Topf von öffentlichen Mitteln, also des Geldes das man als Gesellschaft gemeinschaftlich « erarbeitet », und in Form von Steuern gesammelt hatte, um es in einem wohlverstandenen korrekten und demokratisch legitimierten Verteilungssystem für soziale Aufgaben wieder einzusetzen. Die Träger hatten in diesem System, erstens, im Rahmen des zu leistenden Auftrags, die Möglichkeit sich selbst aus einer direkten von Ihnen erlebten Erkenntnis heraus für eine spezifische Mission zu empfehlen und zweitens wurde das Einsetzen des Geldes zur Realisierung der Mission gemeinhin dem Träger überlassen, wohl wissend dass der Träger am besten wusste welche Fertigkeiten er benötigte um sein Ziel zu erreichen. Es war ein System welches auf gegenseitigem Vertrauen beruhte.

Wie fremdartig dies sich anhört, wo wir es doch heute gewohnt sind in all unserem Handeln überall Missgunst und Verrat zu wähen. Das heutige System ist demnach auf einem diametral anderen Verständnis aufgebaut, und zwar auf Misstrauen und lässt somit als Mittel der Kommunikation nur die Kontrolle zu. Dies hat zur Folge dass Träger heute so agieren müssen dass sie von staatlichen Stellen Aufträge erhalten die sie ausführen müssen. Das ist eine komplette Umkehr der Zuständigkeiten und somit eine radikale Veränderung der Voraussetzungen. Erstens bedeutet dies wiederum dass der Staat selbst am besten genau weiß welche Defizite in der Gesellschaft vorhanden sind und vor allem dass er weiß wie diese zu beheben sind. Ungeübte Beamte und Funktionäre werden also zu Spezialisten verbogen, übernehmen so fremdartige Aufgaben und ersetzen die Zivilbevölkerung in der Annahme von Verantwortung. Damit werden diese Menschen unweigerlich dazu gezwungen ihre Mission auf eine technokratische Art und Weise zu lösen, da sie ja erstens keine Möglichkeit haben dem Mainstream-Korsett das ihnen im Sinne der « Verwaltung » von staatlichen Angelegenheiten auferlegt ist zu entkommen und zweitens nicht die Möglichkeit haben im Sinne einer fordernden und alternativen Kraft zu handeln, die sich durch diesen Umstand dazu befähigt gewisse Freiräume des Agierens zu schaffen. Dies erinnert sehr an das Konzept der einseitigen Anwendung des von Max Weber beschriebenen und heute hier inthronisierten Herrschaftstyps der « legalen Herrschaft mit bürokratischem Verwaltungsstab » als einer von drei möglichen Herrschaftssystemen, neben dem Charismatischen und dem Traditionellen, welche beide durchaus, auch wenn es eine untergeordnete ist, eine Rolle spielen.

Dies sind allerdings Zustände welche heute ausdrücklich Schule machen wenn es um die Bewältigung von Problemfeldern geht zu denen von bestimmten gesellschaftlichen Gruppierungen immer öfter unangenehme Fragen gestellt werden. Die technokratische Antwort auf alle eventuell beschreibbaren Missstände wird zur Regel, auch wie jetzt gesehen in der europäischen Politik, und untermauert die vor gut 30 Jahren aufgestellte These von Margareth Thatcher, dass es keine Alternative zur neoliberalen Wirtschaftstheorie gibt (TINA, there is no alternative) und die jetzt zum Beispiel in Griechenland und Italien eine eindeutige Anwendung findet. Die Technokratie hat über die Politik gesiegt, die Demokratie bleibt aussen vor.

Beispiele hierfür gibt es zur Genüge und diese finden sich nicht nur auf einer politischen oder philosophischen Ebene sondern, und gerade eben, auch auf einer ganz praktischen und somit oft technokratischen Grundlage statt und beeinflussen so massiv die mögliche Vorgehensweise der gemeinnützigen Träger. Ich möchte diesen

Umstand hier durch ein konkretes Vorhaben der Europäischen Politik hier beispielhaft illustrieren.

Für zivilrechtliche Träger bedeutet dies nämlich dass die Europäische Kommission seit Ende 2011 damit begonnen hat eine neue Richtlinie betreffend die öffentlichen Ausschreibungen zu erstellen, welche hier im Rahmen der Texte zu « Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse » und zu « soziale Dienstleistungen im allgemeinen Interesse » zu sehen ist. Diese Richtlinie läuft darauf hinaus, die Aufträge die sich die Träger der Zivilgesellschaft geben in Konkurrenz zueinander zu setzen um so nicht die Qualität der geleisteten Dienste zu hinterfragen und in den Fordergrund stellen zu müssen sondern dass es hier darum geht den billigsten Anbieter auszumachen und somit exklusiv das Preis-Leistungsprinzip zurückzubehalten. Was allgemein in der angelsächsischen Sprache als « return on invest » bezeichnet wird.

Wenn wir uns aber auf den fundamental wichtigen und emanzipatorischen Aspekt der zivilgesellschaftlichen Träger in einer demokratischen Kultur berufen, sollte aber vor Allem eine sozialistische Beteiligung an der Regierung es erlauben, erstens eine gemeinsame Gestaltung der staatlichen Aufgabenpolitik sowie, zweitens, eine auf Vertrauen beruhende Politik der Vereinbarungen zwischen Partnern (Staat und Zivilgesellschaft) gelten zu lassen. Es würde also im Endeffekt darum gehen die Träger von der Logik des von der Europäischen Kommission konsequent vorangetriebenen und allumfassenden Prinzips des « freien und fairen Wettbewerbs » zu befreien und wiederum zu einer Kultur der Qualität und der demokratischen Sinnhaftigkeit überzugehen.

Und demokratische Sinnhaftigkeit kann man nur heraufbeschwören indem man an der Gestaltung von Projekten alle interessierten Parteien, auch die Schwächeren, am Prozess selbst der Gestaltung auf eine anerkennende Weise beteiligt. Nun wird aber genau das Gegenteil in der aktuellen politischen Handlung als Zielvorgabe angedacht. Nämlich versucht man immer mehr basisdemokratische Systeme aufzubrechen und zu zerstören um den Weg frei zu machen um autoritäre und disziplinierende politische Systeme durch wirtschaftliche Praktiken umsetzen zu können. Das Resultat ist eine Entsolidarisierung in der Gesellschaft in welcher der Einzelne zu begreifen hat dass er für sich allein verantwortlich ist und nur als gefügiges Element eines Ganzen im Kampf mit dem Nächsten, existieren kann.

Das Gleiche gilt für gewachsene Gemeinwesen die in ihrer politischen Form als kleinste demokratischen Entscheidungsorgane, wie zum Beispiel die Kommunen, nicht mehr die Möglichkeit haben eigenständig nach Lösungen zu suchen und dies auch indem sie sich mit anderen Entitäten der gleichen Art für bestimmte Projekte solidarisieren würden, sondern eher dazu gezwungen werden durch zentral diktierte Kosten-Nutzenrechnungen in Konkurrenz zueinander treten zu müssen um sich so gegenseitig bei der Fortschritts- und Zukunftsgestaltung ausstechen zu können.

So wird, durch die Beteiligung sozialistischer Kräfte im neoliberalen und neokonservativen System, der Sozialismus zum Handlanger einer Art zentralisierten neoliberalen Planwirtschaft. Auch in Luxemburg. Um noch einmal den angelsächsischen Sprachgebrauch zu bemühen entfernen wir uns immer mehr von einer bottom-up Kultur zu einer top-down Methode und empowerment wird zum

Begriff für eine wohlgelungene Formung oder Formatierung des menschlichen Geistes zu einem ökonomisch wertvoll funktionierenden Glied im neoliberalen System.

In diesem Sinne werden in diesem Textbeitrag, grosso modo, fünf Arten von Kräften ausgemacht und bemüht, die natürlich eine unterschiedliche Gewichtung im heutigen sozietalem Zusammenspiel erfahren aber durchaus auch divergente Ziele verfolgen. Damit wird durch das sich Beschäftigen mit diesen einzelnen Kräften in den verschiedenen Artikeln versucht ein Bild der Protagonisten, aber auch der Situationen, zu zeichnen welche heute in einem gewissen Sinne für die Gestaltung eines zukunftsfähigen und gerechten Gemeinwesens auf verschiedenste Weise aktiv sein müssten. Es sind dies die Zivilgesellschaft basierend auf ihrer territorialen Verankerung, die sozialen Akteure in den verschiedensten gemeinnützigen Projekten, die Forschung in ihrer fundamentalen Arbeit ebenso wie in ihrer angewandten Form, die Wirtschaft in all ihren Facetten und die Politik und dies vornehmlich in ihrem Ausdruck betreffend die Parteipolitik.

Extrait de la Déclaration Gouvernementale du Premier Ministre Jean-Claude Juncker du 29 juillet 2009.

Nous accordons une importance nouvelle à ce qu'on appelle l'économie solidaire. En la confiant à un ministre, celui de l'Économie, nous lui accordons au Luxembourg une reconnaissance dont elle ne bénéficie que dans peu de pays au monde. En chargeant un ministre délégué de l'économie solidaire, nous montrons que nous considérons ce domaine de la politique comme une mission essentielle du gouvernement. Nous voulons donner à l'économie solidaire un cadre juridique par l'introduction d'une association d'intérêt collectif. Cette nouvelle forme juridique permettra de considérer l'économie solidaire comme le troisième pilier de notre économie. L'économie solidaire propose au public des produits et services à valeur socioéconomique. La plupart de ces services et produits ne sont pas proposés par l'économie réelle. Or, on en a besoin. C'est pourquoi nous nous occuperons davantage de cet élément important de notre offre économique globale. Son financement ne repose pas exclusivement sur des fonds publics. L'économie solidaire doit aussi être en mesure de mobiliser en partie des moyens en provenance du circuit économique normal.

Der demokratische Aufbau eines Netzwerkes als Antwort auf zentralistisch gewachsene Strukturen.

Als ganz zu Anfang der 90er Jahre die Action Sociale pour Jeunes (ASJ) sich für ein embrionales Konzept, das sich « économie solidaire » nannte, zu interessieren begann, da haben die damaligen Protagonisten nicht erahnt welche Bedeutung diesem Konzept einmal zukommen würde.

Heute, rund 20 Jahre später, wird die Solidarwirtschaft allgemein und weltweit als eine ernstzunehmende und komplementäre Alternative für unser Wirtschaften angesehen und vor dem Hintergrund der aktuellen Krise geradezu plastisch verständlich.

Mit dem Verständnis für das Konzept « Solidarwirtschaft » war das aber nicht immer

so einfach.

Das Konzept wurde zur damaligen Zeit vornehmlich in Frankreich besprochen und fand dort auch Eingang in die wissenschaftliche Diskussion.

Die Grundfragestellung im noch kleinen Kreise war: Welche Möglichkeiten des wirtschaftlichen Handelns, die es allen Menschen erlaubt dezent zu partizipieren, gibt es neben den Betrieben der klassischen Sozialwirtschaft (die meist als übermächtige, privatwirtschaftlich agierende Mastodonten daherkamen) und der sozialstaatlich organisierten "Betreuungspolitik" (mit den für diesen Zweck organisierten und finanzierten sogenannten Trägergesellschaften: meistens asbl's).

Die ASJ beteiligte sich von Anfang an an dieser, schnell internationaler werdenden Forschungsarbeit und stellte erstmals, in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft OGB-L, ein schlüssiges Konzept für eine experimentelle Umsetzung der Solidarwirtschaft in Luxemburg vor:

Die Studie "Objectif Plein Emploi".

Das war Anfang 1995. Zu diesen Zeiten versuchten wir natürlich auch mit den verantwortlichen Leuten die in Luxemburg in den "grossen" und alteingesessenen Trägergesellschaften arbeiteten und im Sozialbereich grosso modo die Politik machten, über diese neuen Sichtweisen zu reden.

Nicht nur dass wir nicht für voll genommen wurden mit unseren aberwitzigen Vorstellungen, nein, wir wurden auch als störend für das etablierte "Soziale System" angesehen und demnach versuchte man uns entweder mal in das bestehende System wiedereinzugliedern oder aber mal wieder aus der gesamten Sozialpolitik hinauszukehren. Beides misslang damals, aber angefeindet wurden wir schon und werden wir immer noch.

Denn oh Wunder, 1996 bekamen wir doch unsere Chance, die Politik gab sie uns! Wir konnten beginnen unsere Vorstellungen der Solidarwirtschaft in Luxemburg umzusetzen. Das "Netzwerk Objectif Plein Emploi" war geboren.

Damit das Netzwerk seine selbst gestellten Aufgaben konkret angehen konnte, bedurfte es aber einiger tiefgreifenden und risikoreichen Entscheidungen die uns zur damaligen Zeit in eine Phase des Handelns ohne Sicherheitsnetz versetzten.

Anders gesagt wir verliessen zu diesem Zeitpunkt komplett die ausgetretenen Pfade des (sozialen) Systems, brachen die letzten Verbindungen zum traditionell zuständigen Familienministerium ab und leiteten somit eine neue Politik der Verantwortung in unserer Gesellschaft ein.

Die Grundausrichtung zur Umsetzung unseres Gesamtkonzeptes basierte auf vier Hauptleitmotiven, die Voraussetzung waren und die es zu bewerkstelligen galt:

- Dezentrale Organisationsform : der Netzwerkaufbau verlangte die Gründung lokaler Vereinigungen (CIGL).
- Demokratische Partizipation der Bürger : die Verwaltungsräte dieser lokalen

Vereinigungen mussten in ihrer Zusammensetzung die Interessenvielfalt der dortigen Menschen repräsentieren.

- Innovative Haushaltsplanung : Erstellung des Haushaltsplanes anhand einer zu erbringenden Leistung an der Basis.
- Investitionen in nachhaltige Lebensqualität : Gebrauch der so definierten Mittel um Projekte zu finanzieren und nicht um "Arbeitslose" zu bezahlen.

Anhand dieser Beschreibung kann man erkennen dass wir damals komplettes Neuland betreten, dies alles aus dem Boden stampfen mussten und uns somit völlig von dem allgemeingültigen sozial-paternalistischen Versorgungssystem verabschiedeten.

Ein wichtiges Stück Solidarwirtschaft belebte auf einmal die verkrustete Luxemburger Soziallandschaft.

Heute sieht man dass der Begriff Solidarwirtschaft salonfähig geworden ist. Nicht nur dass er Einlass in den allgemeinen politischen Diskurs gefunden hat, nein, auch die oben zitierten Trägergesellschaften aus dem Sozialbereich, sowie deren Dachverband benutzen diesen Terminus seit kurzem um ihre Arbeit zu beschreiben.

Die Welt verkehrt, denkt man da! Denn für diese letztgenannten gilt weiterhin dass:

- Sie weiterhin unter dem (Schutz-)Dach des Familienministeriums agieren und somit angehalten sind therapeutische Versorgungsarbeit zu leisten.
- Diese Trägergesellschaften zentralistisch geführt werden um diesen, ihren "Auftrag" gegenüber dem Staat erfüllen zu können.
- Die ihnen hier zukommenden Finanzströme die Struktur selbst und das darin arbeitende (Erziehungs-Betreuungs-)Personal, finanzieren.
- Die zu Erziehenden, die zu Betreuenden, formal von jeglichem Mitspracherecht ausgeschlossen sind und mit den gesetzlich vorgesehenen Mindestbeträgen für ihre Arbeit entschädigt werden.

Dies Alles hat nun aber auch rein gar nichts mit Solidarwirtschaft zu tun, im Gegenteil es ist die schlichte und öde Weiterführung eines auslaufenden Modells sozialstaatlicher Versorgungspolitik konservativer Prägung. Dabei gilt vornehmlich für diese Träger: Nur kein Risiko, wir machen das und nehmen das, was wir kennen und wir wollen das auch so weiterführen. Diese Einstellung wollen wir als OPE natürlich respektieren.

Fazit ist aber auch heute, dass wir weiter stören. Und da wir stören geschehen Dinge die wir als unanständig empfinden. Zwei rezente Beispiele:

OPE hat im Bereich der Öffentlichen Ausschreibungen eine auch international anerkannte Forschungsarbeit (Einführung nachhaltiger Kriterien) geleistet und der Luxemburger Staat hat dann solche Ausschreibungen veröffentlicht. Dagegen hat einer der Trägergesellschaften, Mitglied des Dachverbandes, vor Gericht geklagt und da in Luxemburg nicht alle europäischen Direktiven in diesem Bereich umgesetzt sind, auch Recht bekommen. Dies hat zur Folge dass bewusst "Fortschritt" gebremst wird! Keine Frage dass auch damit eine Menge Arbeitsplätze bei OPE akut gefährdet sind, aber das gehört dann wohl dazu, nützt aber im Endeffekt niemandem, auch

nicht den Klägern, welche auf diesem Weg eine kleine (Schlamm)schlacht für sich entscheiden konnte, es aber dennoch nicht fertig bringen wird die Entwicklung und damit auch das Netzwerk OPE auf zu halten

OPE hat sich ein internes, von allen Mitgliedsorganisationen des Netzwerkes anerkanntes und fortschrittliches, aber verantwortungsbewusstes, Entlohnsystem gegeben, welches jeden Arbeitnehmer miteinbezieht und jedem dieselben Chancen auf Weiterentwicklung bietet. Nun wird uns dieses aber zum Vorwurf gemacht indem man sagt wir sollten dem SAS-Kollektivvertrag beitreten und uns an die daran enthaltenen Konditionen halten. Damit würden wir aber nur wieder die altbekannte Zweiklassengesellschaft in unseren Betrieben einführen, das heisst Betreuer einerseits und Betreute ohne Rechte andererseits. Das wollen wir natürlich nicht.

Als pikantes Detail wollen wir hier noch preisgeben dass das Modell OPE die Allgemeinheit, also den Steuerzahler, eine ganze Stange Geld weniger kostet als das traditionelle Versorgungsmodell. Zugegeben, das ist nicht unbedingt ein wesentliches Kriterium, es zeigt aber dass es durchaus möglich ist in einem sozial gerechten System Jedem die gleichen Chancen zu bieten und für gleiche Arbeit auch den gleichen Lohn, mit gleichen Aufstiegsmöglichkeiten für Jeden!

Vielleicht kann dieses Modell dann ja auch die Gewerkschaften interessieren und sogar provozieren? Vielleicht kann dieses Modell unseren Gewerkschaften dazu dienen einen Rahmenkollektivvertrag für einen ganzen, stets wachsenden, Wirtschaftszweig auszuhandeln? Eben auch jene Gewerkschaften, die aktiv geholfen haben die Solidarwirtschaft auf die Beine zu bringen und das entsprechende Luxemburger Modell weit über unsere Grenzen zu promulgieren.

Traditionsgeschwängertes Gedankengut bedeutet auch hier Stillstand und, in unserem Fall, sogar einen grossen Rückschritt.

Halbzeit der Legislaturperiode. Wo steht die Solidarwirtschaft in Luxemburg?

Es ist Halbzeit. Seit zweieinhalb Jahren hat Luxemburg als einziges Land in der EU einen Minister für Solidarwirtschaft. Zeit für eine kleine Zwischenbilanz. Dieses Dossier soll dazu dienen einen kleinen Überblick über den aktuellen Stand der Dinge zu vermitteln. Alle Aspekte können nicht abgehandelt werden und so wollen wir hier eher einige Mitstreiter zu Wort kommen lassen um verschiedene Entwicklungen dieses nationalen Projektes zu kommentieren.

Weil, vielfältig sind nicht nur die Vorstellungen was Solidarwirtschaft überhaupt sein soll. Ebenso vielfältig sind die Meinungen darüber wie man einem, auf einem breitestmöglichen Konsens fussenden Grobziel « Solidarwirtschaft », etappenweise näher kommen kann. Ausserdem, und das wäre schon als Erfolg zu werten, ist seit kurzem festzustellen dass hierzulande auch andere Akteure aus Politik, Wirtschaft und der Forschung deutliches Interesse an diesen Konzepten zeigen, und vor Allem diese auch ernstnehmen.

In Luxemburg können wir auf eine über zwanzigjährige Geschichte zum Aufbau der Solidarwirtschaft zurückblicken. OPE und seine Partner wurden zwar am Anfang für ihre Thesen und ihre konkreten Projekte belächelt, schlussendlich können wir heute

aber auf ein echtes, gewachsenes und europaweit anerkanntes Luxemburger Solidarwirtschaftskonzept mit nationalem Charakter verweisen.

Wir weisen ausdrücklich auf diesen Umstand hin, weil wir jetzt auch hier in Luxemburg mit in Mode gekommenen Konzepten wie Social Business, Social Entrepreneurship, Social Enterprises, usw. konfrontiert werden. Dies sind zumeist importierte angelsächsische Konzepte welche von der Privatwirtschaft vorangetrieben werden. Diese haben in der Regel einen philanthropischen Solidaritätsgedanken als Ausgangspunkt. Das Konzept von OPE aber fusst auf einem demokratischen Begriff von Solidarität und möchte vornehmlich die wirtschaftlichen Selbstgestaltungsmöglichkeiten der Bürger fördern.

Die vom Ministerium für Solidarwirtschaft organisierte zweite nationale Konferenz zur Solidarwirtschaft die am 24 November 2011 stattfand hat das Verdienst, diese breite Palette des « Anders Wirtschaften » vorgestellt zu haben. Der vorgestellte Aktionsplan trägt den verschiedenen Strömungen auch Rechnung. Aber, ohne Gewichtung! Ohne diese Konzepte nicht als Schritte in eine bessere Richtung anzusehen, gilt es aber hellhörig zu werden. Das in Luxemburg erarbeitete und bisher sehr gut funktionierende System der basisdemokratisch aufgebauten Solidarwirtschaft darf nicht durch importierte und von der Profitwirtschaft favorisierte Konzepte geschwächt werden. Die freiwillige Arbeit vieler implizierter und seit 20 Jahren engagierter Bürger sollte uns eher an unsere eigenen Fähigkeiten glauben lassen.

Hat die Regierung Angst vor ihrer eigenen Courage ?

Im Jahre 2009 hat der luxemburgische Premierminister Jean-Claude Juncker in seiner Rede zur Regierungserklärung folgendes zur erstmaligen Einführung eines eigenen Ressorts für Solidarwirtschaft folgendes gesagt :

- Wir brauchen in Zukunft die Solidarwirtschaft.
- Wir brauchen eine angepasste Betriebsform zur Umsetzung der Solidarwirtschaft, die « Association d'Intérêt collectif » (AIC).

(Die AIC ist ein Projekt das von OPE in den Jahren 2007 und 2008 im Rahmen eines ESF-Projektes erarbeitet wurde. Es betrifft die Beschreibung einer neuen Betriebsform die auf Anfrage des damaligen Ministers für Arbeit und Beschäftigung in Form einer Gesetzesvorlage vorgelegt wurde).

Zuerst ein kurzer Rückblick : Das Netzwerk « Objectif Plein Emploi » gemeinsam mit dem « Institut Européen de l'Economie Solidaire » arbeiten seit nunmehr über 20 Jahren am Aufbau der Solidarwirtschaft in Luxemburg. Zum Verständnis : Die Solidarwirtschaft ist eine Wirtschaftsform welche durch ökosoziale Zielsetzungen an einer solidarischeren Gestaltung und Transformation unserer Gemeinwesen wirkt, nicht profitorientiert agiert und auf demokratischer Partizipation aufbaut. Die moderne Form der Solidarwirtschaft die Ende der 80ziger Jahre entwickelt wurde findet ihre Wurzeln in der 68ziger- und in der alternativen Ökobewegung der Siebziger. Sie hat natürlich im jetzigen Stadium ihrer Entwicklung und in Bezug auf die dominante Wirtschaft, wie so vieles Neue und Experimentelle, einen durchaus militanten Charakter.

In Luxemburg hat diese bedingungslose Entwicklungsarbeit von OPE und INEES sicherlich über die Jahre gefruchtet und die verschiedenen Regierungen, seit 1999, haben jeweils Teile unserer Vorschläge in ihre Programme aufgenommen. Zur Erinnerung : Das Regierungsprogramm von 1999 ermöglichte die Einsetzung einer « Cellule Economie Solidaire » im Ministerium für Arbeit und Beschäftigung. Die Regierung von 2004 bekannte sich zur Einsetzung eines gleichberechtigten 3 Wirtschaftspfeilers in Form der Solidarwirtschaft, dies neben der Staats- und der gewinnorientierten Privatwirtschaft. In derselben Logik ernannte die Regierung von 2009 (siehe Auszüge oben) dann einen beigeordneten Minister für Solidarwirtschaft und unterstellte dieses Departement dem Wirtschaftsministerium.

Nicht nur in Luxemburg, auch Weltweit hat die Bewegung « Solidarwirtschaft », ausser dass sie ihre ureigenen Konzepte weiterentwickelt und sich selbst als alternative Wirtschaftsform zum Teil flächendeckend (siehe südamerikanische Länder wie z.B. : Brasilien) in das existente Wirtschaftsgefüge eingebracht hat, aber auch allgemein Einfluss auf das Verhalten der Politik, das Forschen der wissenschaftlichen Institutionen, sowie das Agieren der gewinnorientierten Privatwirtschaft genommen. Sie ist somit zu einem ernstzunehmenden Katalysator für gesellschaftliche Transformation geworden.

Wenn geschichtlich rezent durch die Solidarwirtschaftsbewegung Einfluss auf die bestehenden Systeme stattgefunden hat, so wäre hier zu beweisen inwieweit diese Änderungen feststellbar sind und in welcher Form diese stattfinden.

Um dies zu klären möchten wir in diesem Artikel vier Themenbereiche anführen welche durchaus weltweit Gültigkeit haben, die aber an dieser Stelle an der Luxemburger Realität geprüft werden sollen.

Da wäre, Erstens, die traditionelle Sozialwirtschaft. Beispiele hierfür sind in Luxemburg die Konsumentenkooperativen, die Raiffeisenbanken oder auch die Agrarkooperativen. Niemand dieser Protagonisten, und noch weniger Ihre Klientel, schien noch ein Bewusstsein dafür zu haben dass die Betriebsform der Kooperativen auf eine über zweihundert Jahre alte Tradition aufbaut um sich, seit den Anfängen des Kapitalismus, gegen denselben zu wehren. Sie waren zumal in den letzten fünfzig Jahren eher bestrebt gewesen sich als vollwertige und ebenbürtige Akteure dieses kapitalistischen Systems darzustellen. Hier scheint zumindest ein Umdenken stattgefunden zu haben und der Begriff Solidarität wird in der Öffentlichkeitsarbeit wieder öfter in den Vordergrund gestellt und appelliert somit an den eigentlichen Sinn und Zweck einer auf gemeinsamen Interessen der Mitglieder aufbauenden Betriebsform. Diese können dann nicht mehr nur rein wirtschaftlicher Natur sein, sondern haben somit gezwungenermassen auch einen politischen Charakter.

Dieses Umdenken der Sozialwirtschaft führt dann, Zweitens und nahtlos, zu den deklarierten ökosozialen Ambitionen der Luxemburger profitorientierten Privatwirtschaft. Da ihr Problem ja keineswegs das in Frage stellen des Kapitalismus ist, sie aber auf Grund der sich mehrenden Probleme von Ungleichheit und Ungerechtigkeit in der Gesellschaft, riskieren als Hauptverursacher an den Pranger gestellt zu werden, können wir beobachten wie seit über zehn Jahren immer mehr über die Schienen und Konzepte « Corporate social responsibility » und Labels wie « Ökokonform » oder andere verpflichtende ISONormen an der philanthropischen

Selbstdarstellung gefeilt wird. Diese Formen der Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung privatwirtschaftlicher Betriebe sind auf den ersten Blick ganz gewiss ausdrücklich zu begrüßen. Sie müssten sich aber der Prüfung stellen können ob gegebenenfalls diese gemeinnützlichen Ambitionen Vorrang gegenüber der profitmaximierenden Ausrichtung der Betriebe haben können. Der Knackpunkt hierbei ist dass diese ökosozialen Konzepte meistens eigenen betriebsinternen Kontrollen unterliegen und somit oft jegliche demokratische Teilhabe von anderen gesellschaftlichen Kräften an der Kontrolle derer Umsetzung ausschliessen. Der nächste Schritt in Richtung einer demokratischeren Einbettung von Privatwirtschaft könnte aber mit einer solchen erweiterten Partizipation beschrieben werden.

Im angelsächsischen Raum, wo auch die vorgenannten Konzepte ihren Ursprung finden, wird einerseits die Verknüpfung von Forschung und Wirtschaft als zukunftssträchtiges Modell gepriesen und vorangetrieben, und andererseits wird dadurch zunehmend jedwede Mischform von wirtschaftlichem Agieren behindert indem man eine klare Trennung macht zwischen solchen gesellschaftlichen Akteuren, Betrieben und Personen, welche fähig sind im kapitalistischen System zu überleben und solchen die es nicht sind. Daraus ergibt sich dass immer mehr dem Kapitalismus nicht standhaltende, alternative Formen von Betrieben verschwinden und Menschen, nicht genügend sozial abgesichert, in Armut verfallen. Dies wiederum hat zur Folge dass auf der einen Seite eine rein philanthropische gesellschaftliche Verantwortung die Versorgung der Armen erlaubt und auf der anderen Seite jede Person (oft working poors) oder Betrieb sich dem kapitalistischen System unterwerfen muss. Solche Betriebe welche dann als ihre Hauptaufgabe die Eindämmung der Armut angeben werden unter der Bezeichnung « social enterprise » geführt und ihre Teilhabe am kapitalistischen Marktsystem wird mit dem Label « social business » als integrierbar verstanden. Und, damit wären wir, Drittens, bei der Luxemburger Universität.

Von vornherein war klar dass die Luxemburger Uni nicht zu reinen Forschungs- und Lehrzwecken dienen sollte. Das hiesige Konzept basiert da schon eher auf dem angelsächsischen Modell der Verknüpfung von Forschung und Business. Nun hat die Uni Luxemburg aber eine sozialpädagogisch ausgerichtete Fakultät, welche, ausser dass sie auch für die Lehrer(innen)ausbildung zuständig ist, sich einer gewissen Luxemburger Realität in Bezug auf soziale Projekte und andere sozialpolitische Ausrichtungen stellen muss. Wir erlauben uns hier festzustellen dass die Uni Luxemburg (leider) auch in diesem Bereich zu ihrem übergreifenden Gesamtkonzept zu stehen scheint und sich auf der einen Seite vornehmlich mit der (individuellen) sozialen Betreuung von Armut und Ausgrenzung als Thematik beschäftigt und auf der anderen Seite als Förderer und Importeur des Konzeptes des « social business » fungieren möchte. Vater des Gedankens des « Social Business » ist Muhammad Yunus, der auch wegen seiner Strategie der « Mikrokredite » ganz und gar nicht unumstritten ist, aber dessen (angelsächsischen) Ideen die Uni uneingeschränkt zu folgen scheint. Den Masterstudiengang den man jetzt dabei ist aufzubauen und der in etwa mit einem Titel wie « management and coaching » beschrieben werden könnte, bestätigt eher die vorhergehenden Vermutungen. Die entscheidende Frage wäre hier ob eine Luxemburger Universität sich beim Aufbau eines solchen Studienganges eher an einem angelsächsischen Modell des « alternativen wirtschaftens » orientieren soll, oder sich doch eher auf europäische Denkmodelle und Erfahrungswerte berufen sollte. In diesem Kontext wäre es auch absolut

unerlässlich dass « unsere Universität » sich aufs äusserste mit den bis jetzt existierenden solidarwirtschaftlichen Luxemburger Projekten und Visionen beschäftigen würde um ihre Arbeit in diesem Bereich sinnvoll organisieren und aufbauen zu können. Es geht also hier auch präzise um die Frage : welche Werte wollen wir aus der Perspektive der europäischen Tradition des Denkens und Handelns heraus vertreten. Ein Blick über die Grenze hinaus würde uns sehen lassen dass in diesen Bereichen in Frankreich seit Jahren an vielen Universitäten bereits über 120 verschiedene Masterstudiengänge im Bereich der Solidarwirtschaft existieren, dass in Deutschland, wo bis vor Kurzem der Begriff Solidarwirtschaft noch recht unbekannt war, Unis wie Kassel oder auch München solche Studiengänge eingeführt haben, aber, und das ist wichtig, im Geiste europäischen Gedankenguts und gestützt auf die Erfahrungen mit unserem europäischen Sozialmodell. (Übrigens ist der aktuelle brasilianische Staatssekretär für Solidarwirtschaft, Paul Singer, noch immer und regelmässig Gastprofessor an der Uni Kassel).

Und genau hier sollte auch, Viertens, die Politik, das politische Denken und die damit einhergehende programmatische Arbeit ansetzen. Es ist natürlich nicht getan mit der Einsetzung eines beigeordneten Ministers für Solidarwirtschaft um diese auch als existent, funktionstüchtig, sinnvoll und ausbaubar zu erklären. Wie Eingangs beschrieben ist einer der Grundsockel der Solidarwirtschaft die demokratische Partipation. Diese Ambition der Partipation als Fundament hat auch der Minister um sein nationales Projekt der Solidarwirtschaft voranzutreiben. Dem ist nur beizupflichten und es braucht sicherlich aller gesellschaftlichen Kräfte um ein Mehr an Demokratie, auch wirtschaftlicher Demokratie, herbeiführen zu können. Wir wollen an dieser Stelle aber darauf aufmerksam machen dass, zieht man die vorherigen kritischen Feststellungen in Betracht um diese breite Partizipation zu analysieren, einige Fehlorientierungen des politischen Handelns nicht auszuschliessen sind. Wir möchten diese Feststellung hier in Form von Grösseneinheiten beschreiben. Denn, wir stellen zu den drei vorher genannten Protagonisten, (traditionelle Sozialwirtschaft, gewinnorientierte Privatwirtschaft, Forschung und Lehre), jedesmal fest dass wenn übergeordnete Organe wie die nationalen Wirtschaftsverbände oder die Direktionsgremien der Universität betroffen sind, sich schwerlich ein Verständnis zu demokratischer Partizipation in Bezug auf den Wert eines dritten solidarischen Wirtschaftspfeilers in Luxemburg ausmachen lässt. Zu weit scheinen die jeweiligen Vorstellungen noch auseinander zu sein um diese Diskussionen sinnvoll und konstruktiv auf einer somit beschriebenen makroökonomischen Ebene führen zu können. Vielleicht ist ja die Zeit noch nicht reif für eine solche Herangehensweise. Dies dürfte aber keinesfalls verhindern dass Luxemburg mit seiner eigenen pragmatischen und projektbezogenen Methode in Bezug auf Solidarwirtschaft, welche sich seit nunmehr 20 Jahren bewährt hat, weiterhin am Aufbau eben dieses dritten Pfeilers weiterarbeiten sollte. Gründe und Bestände hierfür gibt es jedenfalls genügend. Wir plädieren hier ausdrücklich dafür dass im Gegensatz zu oftmals nahezu authistischen Diskussionen welche zu makroökonomischen Unsinnigkeiten führen, mikroökonomische und vernetzte Arbeit den demokratischen Aufbau der Solidarwirtschaft weiterhin bestimmen sollte.

Wenn wir hier, wie wir meinen, zurecht von Beständen reden so wollen wir sie am Beispiel des OPE-Netzwerkes versuchen zu beschreiben und an einigen erklärenden Beispielen festmachen.

Da wäre zuerst der politische Rahmen der geschaffen wurde und welcher das Argument der demokratischen Partizipation legitimiert. Das OPE-Netzwerk ist ein Zusammenschluss gleichberechtigter eigenständiger Organisationen. Sie gehen hervor aus der lokalen Zivilgesellschaft, sind organisiert in über 30 autonomen lokalen Vereinigungen und werden getragen von über 50 lokalen politischen Institutionen (Gemeinden). Dieser Aufbau ist kein Zufall, er ist so gewollt ! Und er hat den ungemeinen Vorteil dass er schonungslos offene Diskrepanzen zwischen der (nationalen) Makroebene und der (lokalen) Mikroebene im politischen Diskurs zu Tage fördert. Lokalpolitiker ALLER luxemburgischen politischen Parteien wirkten und wirken mit am Aufbau der lokalen CIG, verteidigen deren Existenz und, entwickeln sie, zusammen mit den Bürgern, weiter im Sinne eines soliden Sockels welcher « von Unten » für die Einsetzung der Solidarwirtschaft als erklärtes Ziel, steht. Die Aussagen aber, die dann und manchmal sogar von denselben Politikern auf nationaler Ebene gemacht werden, Parteiloyalität und nationale Verantwortung lassen grinsen, können sich ins Gegenteil verkehren. Solidarwirtschaft wird dann ernsthaft wieder als reiner Kostenfaktor im Sinne von sozialen Transferleistungen beschrieben und man verfällt sofort wieder in das oben beschriebene angelsächsische Schema und der Frage nach der bedingten und erlaubten Fürsorge. Welch ein Unterschied in der Interpretation der Sachlage, wenn man bedenkt dass allein die vom OPE-Netzwerk entwickelten neuen sozioökologischen Aktivitäten welche alle auf eine erhöhte Lebensqualität aller Bürger abzielen, in einem wohlverstandenen Verständnis eines Beitrags zum Bruttoinlandprodukt, an die 30 000 000 Euro jährlich ausmachen ! Diese Beschreibung wirft natürlich im Kern die Frage auf ob der Luxemburger Staat kollaterale Schäden einer einseitigen Wirtschaftspolitik « subventioniert », oder ob er der Meinung sein kann in die Luxemburger Zukunft aller Bürger zu « investieren ».

Das gleiche was hier in der Politik stattfindet, gilt übrigens auch für die sogenannte, « allein Reichtum schaffende Privatwirtschaft ». In den lokalen Organisationen (CIG) des OPE-Netzwerkes sind die Repräsentanten der lokalen Handwerker- und Geschäftsverbände vertreten und beteiligen sich in deren Verwaltungsräten an der Weiterentwicklung derselben oder kooperieren als Betriebe dieser zwei Wirtschaftsformen zum Wohle Aller. Die Attacken von zum Beispiel der Federation des Artisans oder der Union des Entreprises Luxembourgeoise auf nationaler Ebene haben dafür aber ein anderes Kaliber und reduzieren sich oft einzig und allein auf ein Hochspielen eines wie auch immer ausgelegten Unlauteren Wettbewerbs.

Schon an diesen zwei Beispielen sehen wir deutlich um was es schlussendlich geht. Wollen wir eine seit 20 Jahren auf demokratische Art und Weise entstandene, von den Bürgern getragene, Solidarwirtschaft « à la Luxembourgeoise » oder wollen wir diese gemeinsamen Errungenschaften durch noch relativ undurchsichtige und importierte Konzepte wie zum Beispiel das « Social-Business » ersetzen ? Glauben wir nicht mehr an unsere eigenen Fähigkeiten ? Wenn jetzt die Regierung, die Patronatsorganisationen und die Luxemburger akademische Intelligenzia sich Gedanken über die Sozial(un)verträglichkeit der Wirtschaft macht, um dieser mit angelsächsischen Konzepten zu begegnen, dann bräut sich wahrscheinlich eine unheilvolle Allianz zusammen und der anvisierte dritte Wirtschaftspfeiler wird nichts mehr mit der von den Bürgern mitaufgebauten Luxemburger Solidarwirtschaft zu tun haben.

Ohne in irgendwelche Verschwörungstheorien verfallen zu wollen, stellen wir doch fest dass Zeichen welche in diese Richtung deuten, gegeben sind. Wieso wird dem zuständigen Beigeordneten Minister für Solidarwirtschaft kein Personal und kein ernst zu nehmendes Budget zum konzeptuellen Aufbau der Solidarwirtschaft zugestanden ? Wieso werden vom übergeordneten Ministerium für Wirtschaft und Aussenhandel keine, vorhandenen, Forschungsgelder für wirtschaftliche Aktivitäten den Promoteuren der Solidarwirtschaft zugestanden ? Wieso werden von den Ministerien Unsummen in immer neue Studien und Audit's gesteckt die nur privaten Rechnungsprüfungsunternehmen sehr viel Geld einbringen und der Solidarwirtschaft nicht viel nutzen weil diese sie im Endeffekt ausschliesslich auf ihre kapitalistische Funktionstüchtigkeit prüfen ? Denn hiervon verstehen diese Consultingunternehmen etwas, von Solidarwirtschaft aber recht wenig ! Warum benennt man das « Arbeitsamt » um in eine « Gesellschaft zur Entwicklung der Arbeit », und sich dann bei dieser Reform herausstellt dass die « Verwaltung » (Vergewaltigung ?) der Menschen auf Arbeitssuche durch höchst fragwürdige administrative und sozialanalytische Prozeduren in Bezug auf die Betroffenen selbst weiterhin belastet und sogar verschärft wird? Bei allen guten Vorsätzen die in dieser Verwaltung immer wieder vorgebracht werden, scheinen sich schlussendlich doch immer wieder Hardliner durchsetzen zu können welche davon ausgehen dass Menschen ohne Arbeit eben Menschen zweiter Klasse sind ! Inwieweit wollen wir in Mode gekommene Konzepte wie Corporate Social Responsibility oder Social Business, für welche auf einmal ausreichend Gelder zur Verfügung stehen, theoretisch von den Konzepten der mühsam von der Zivilgesellschaft aufgebauten Luxemburger Solidarwirtschaft trennen um sie verstehend, besser miteinander gedeihen zu lassen ? Wenn die Regierung der Universität jetzt den Auftrag zur Forschung im Bereich der sozial und –solidarwirtschaftlichen Zukunft unseres Landes zugesteht, dann fragen wir : wohin hat die Regierung das von INEES vor zwei Jahren eingereichte Projekt zur Einrichtung eines Europäischen Exzellenzzentrums für Solidarwirtschaft verlegt? Wir fragen auch in welche Schublade der ehemalige Arbeits- und Beschäftigungsminister und jetzige, also wiederum zuständige, Justizminister die damals bestellten und von OPE ausgearbeiteten Gesetzesvorschläge zur Einsetzung einer neuen Gesellschaftsform, der « Association d'Intérêts Collectifs » und des « Fonds pour l'Economie Solidaire » abgeladen und vergessen hat ? Dieser Fragenkatalog wäre weiterzuführen und wir fragen dann schlussendlich ganz einfach die Regierung ob sie überhaupt weiss dass Solidarwirtschaft nicht einfach so von elitären Entscheidungsträgern und einem Team von Technokraten am Reissbrett entworfen und umgesetzt wird, sondern ob sie weiss dass Solidarwirtschaft dadurch entsteht und hierzulande entstanden ist weil ihre geneigte Wählerschaft, die Bürger, sie durch gelebte Verantwortung und Initiativgeist Tag für Tag in die Tat umsetzt und durch eigenes Forschen und Experimentieren weiterhin ausbaut.

Das Ministerialdepartement « Solidarwirtschaft » ist 2009 eingesetzt worden. Diesem Departement werden aber wenig bis fast keine adequate Ausstattung zugestanden. Weder Personell noch Finanziell. Das ist zynisch ! Und so wird die gutgemeinte breit angelegte Kooperation mit allen hier beschriebenen relevanten Kräften zu einer Art faulem Kompromiss, indem sich freies politisches Handeln, und Solidarwirtschaft ist zuallererst ein politisches Projekt, in ein Dilemma verwandelt wo das Ministerium dort Schulterschlüsse suchen muss wo sie auf Geld stossen kann. Und das findet sie doch eher bei den privatwirtschaftlich orientierten angelsächsischen

Konzeptbefürwortern. Bevor also das Ministerialdepartement « Solidarwirtschaft », dessen Minister und seinen eineinhalb Mitarbeiterinnen wir ehrliches Engagement zugestehen, zu einer Farce verkommt sollte die Regierung sehr schnell versuchen ihre Regierungserklärung betreffend die Solidarwirtschaft, Ernst zu nehmen.

Das bestehende Luxemburger Modell der Solidarwirtschaft stösst weltweit auf sehr viel Interesse und Anerkennung und wir wollen jetzt in Mode gekommene Konzepte à la « social business » importieren ? Das wäre ein Schlag ins Gesicht der vielen aktiven und engagierten Bürger die seit 20 Jahren am Aufbau der Solidarwirtschaft mitarbeiten. Wo bleibt auch hier wiederum die Courage an unsere eigenen Fähigkeiten zu glauben ?

Gestärkt geht das neoliberal organisierte Patronat in die Offensive.

Ein weiterer Beweis für die Unehrlichkeit der Arbeitgeberseite und deren neoliberalen Gedankenguts war die im Vorfeld dieser Konferenz lancierte, in Form eines Fragebogens getarnte Kampagne,

Am 19 September 2011 verschickt die Fédération des Artisans, ein Rundschreiben an ihre Mitglieder in dem sie ihre Mitglieder auffordern ihnen mitzuteilen wann, wie und wo solidarwirtschaftliche Betriebe dieselben durch unlautere Konkurrenz schädigen würden.

Diese Sammlung an Klagen soll dazu dienen um die Position der Fédération des Artisans zu stärken, wenn sie dann ab Mitte Oktober an Mediationsrunden teilnehmen soll und welche von der Regierung, über das Ministerium für (Solidar-)Wirtschaft, vorgesehen sind. Der konstruktive Geist der einer Mediation zugrunde liegt, lässt grüssen.

In der Einleitung dieses Schreibens, das durch einen sehr subjektiv und suggestiv formulierten Fragebogen ergänzt wird, weisen die « Fédération des Artisans » darauf hin dass Sie « schon seit Jahren versucht die Betriebe der Solidarwirtschaft in ihrer Entwicklung zu bremsen ». Ohne sichtlichen Erfolg, anscheinend ! Denn, wir zitieren frei übersetzt weiter, konnte diese Weiterentwicklung einer anderen Wirtschaftsform nur möglich sein mit « der umfassenden Komplizität der Politik und dies auf allen Entscheidungsebenen ».

Das ist ein starkes Stück antidemokratischem Gedankenguts ! Aber da heute weltweit dies die allgemeine Einstellung der Wirtschaftskapitäne widerspiegelt, wundert es uns nicht dass die Bonzen der Vertretung der Klein- und Mittelbetriebe diese Sichtweise für bare Münze nehmen und das Kredo der dominanten « freien » Marktwirtschaft quietschfidel und ungestraft nachplappern.

Es wäre nun einfach diese Vorgehensweise der Verantwortlichen der Fédération des Artisans mit einem « ach das ist ja nicht so gemeint » oder « wir kennen die Provokationen dieser Herren ja », abzutun und darüber hinwegzusehen.

Aber, anstatt die Augen vor diesen unüberlegten Worten und Taten zu verschliessen, sollten wir uns vielleicht vielmehr die Frage stellen inwieweit diese Aussagen und Handlungen schädlich für die Demokratie sind.

Das Wort Komplizität suggeriert dass Entscheidungen und Vorgehensweisen an der Öffentlichkeit vorbei im stillen Kämmerlein abgebesprochen werden um anderen zu schaden. Wenn die Fédération des Artisans solches der Politik vorwirft, dann spricht sie dieser jegliche demokratische Legitimation ab. Das ist gelinde gesagt eine dreiste Anschuldigung an die hiesigen Regierungsmitglieder.

Andererseits wird den vermeintlichen Komplizen, den solidarwirtschaftlichen Betrieben also, in diesem Schreiben dann auch vorgeworfen dass sie sich nicht an die Abmachung halten nur in Sektoren tätig zu sein welche von der sogenannten Privatwirtschaft nicht abgedeckt werden. Solch eine Abmachung, welche eine sektorenspezifische Beschreibung für erlaubte Leistungen beinhaltet, gibt es aber nicht. Ausserdem wären hiermit solidarwirtschaftliche Betriebe von vornherein von jeglicher Marktteilnahme ausgeschlossen, da sich alle möglichen Aktivitäten in irgendeinen bestehenden Sektor hineininterpretieren lassen.

Wichtiger wäre es zu diesem Themenkomplex die Frage zu stellen in welcher Form und mit welcher Gesinnung Produkte und Dienstleistungen in den für die Bevölkerung wichtigen Sektoren angeboten werden können und die nicht dem Zweck der privatwirtschaftlich vorgesehenen Profitmaximierung dienen.

Dann wird in diesem Rundschreiben gesagt dass es ebenfalls interessant wäre zu sehen wie die solidarwirtschaftlichen Betriebe qualifiziertes Personal bei den Betrieben abgeworben haben und abwerben. OPE stellt qualifiziertes und nicht qualifiziertes Personal ein, gezieltes Abwerben ist uns fremd. Die Entscheidung einer Person bei uns arbeiten zu wollen ist deren persönliche Entscheidung. Und, etliche Bewerber lehnen eine Anstellung ab weil der gebotene Lohn ihren Vorstellungen nicht entspricht. Im Schreiben der Fédération des Artisans wird aber genüsslich darauf hingewiesen dass wir im Rahmen der Anwendung des SAS-Kollektivvertrages, höhere Löhne Zahlen würden als die Privatwirtschaft. Dies stimmt für OPE nicht. OPE appliziert diesen Kollektivvertrag nicht.

Dieses ganze zusammenhanglose und undifferenzierte Gemisch wird dann in der Formel des « unlauteren Wettbewerbs » zum Schlagwort des Kreuzzuges der Fédération des Artisans zusammengefasst.

Das ist zumindest armselig. Auch wenn man bedenkt dass der darauffolgende Fragebogen nur negativ abfragt: ob und wann man aus öffentlichen Ausschreibungen herausgedrängt worden wäre, ob man beobachten konnte welche solidarischen Betriebe Arbeiten verrichtet hätten die sie nicht dürften(?) und ob diese Betriebe bei ihnen qualifiziertes Personal abgeworben hätten.

Die letzte Frage dieses ominösen Bogens hat es aber in sich. Es wird nämlich gefragt ob ein Mitgliedsbetrieb mit einem solidarwirtschaftlichen Betrieb Zusammenarbeit. Sucht man hier die Verräter aus den eigenen Reihen ? Schämt euch.

Wir möchten hierzu zwei abschliessende Bemerkungen machen. Erstens, wir arbeiten sehr wohl mit vielen lokalen Klein- und Mittelbetrieben zusammen und dies mit viel Erfolg und einem Win-Win Resultat.

Zweitens, die Fédération des Artisans sollte jegliche Formen von Klein- und Mittelbetrieben unterstützen, denn hier werden sie gebraucht. Ihre Funktionäre sollten begreifen dass es einen Unterschied gibt zwischen den Interessen der Multis und des Grosskapitals und denen ihrer Mitglieder. Siehe in diesem Zusammenhang auch zum Beispiel ihre Positionen zu Indexanpassung und Mindestlohn, luxemburgische soziale Instrumente die den sozialen Frieden garantieren helfen und die laut « Fédération des Artisans » abgeschafft gehören.

Die politisch-demokratische Dimension der Solidarwirtschaft in Luxemburg.

Es ist wirklich zum verzweifeln. Da haben wir mit dem beigeordneten Minister für Solidarwirtschaft, Romain Schneider, und dem Minister für Arbeit und Beschäftigung, Nicolas Schmit, zwei sozialistische Minister in Luxemburg die Hand in Hand zusammenarbeiten könnten um der Solidarwirtschaft hier in Luxemburg eine Stimme zu geben.

Nur, solange beide Minister Schwierigkeiten haben anzuerkennen dass die Solidarwirtschaft ein politisch relevantes Konzept darstellt, solange wird in Luxemburg eine Weiterentwicklung einer innovativen Gesellschaftspolitik und den dazugehörigen konkreten Projekten zu einem alternativem Wirtschaften nicht möglich sein. Die europäische neoliberale Austeritätspolitik wird schlussendlich auch hier, ungewollt, von den oben genannten sozialistischen Kräften als die einzig mögliche politische Perspektive weiterhin gestützt werden.

Gut und richtig hört sich natürlich der Forum-Beitrag von Minister Nicolas Schmit im Tageblatt vom 4 Mai an, indem er genau diese Austeritätspolitik als menschenverachtende Politik geißelt und hierfür richtigerweise die technokratischen Mechanismen denen sich die Politik ergeben hat dafür verantwortlich macht.

Der Minister für Arbeit und Beschäftigung, sowie der beigeordnete Minister für Solidarwirtschaft aber haben sich in den drei Jahren ihres Wirkens auf ihren jeweiligen Posten eben dieser, von ihnen an den Pranger gestellten, technokratischen Vorgehensweise zur Verwaltung, und nicht der Förderung, der Solidarwirtschaft sowie der Beschäftigungspolitik bedient.

Das Netzwerk OPE verzeichnet dies indem festgestellt wird dass der administrative Verwaltungsaufwand sich vervielfacht hat und Kontrollen der Kontrollen der bestehenden Kontrollen uns die nötige Zeit nehmen um unsere eigentliche Arbeit zu verrichten. Es sind dies Methoden die genau da von seinem Ministerium abgekupfert werden wo Nicolas Schmit seine Kritik anbringt. Nämlich in der europäischen Technokratisierung von Prozessen aller Art. Es ist ausserdem müssig darüber zu lamentieren dass mit diesen Methoden jegliche Form des Vertrauens verlorengeht und eine gute Zusammenarbeit unerhöht erschwert wird. Genau dasselbe gilt auch für den beigeordneten Minister für Solidarwirtschaft, Romain Schneider, der das wenige Geld das er zur Verfügung hat lieber in rein betriebswirtschaftlich und technokratisch orientierte Anbieter steckt die den seit über zwanzig Jahren aktiven Solidarwirtschaftlern mal erklären sollen was Solidarwirtschaft ist und diese dann auch noch marktkonform reorganisieren sollen.

Die einzigen die denn auch wirklich an den öffentlichen Geldern richtig gut verdienen

sind, wie gehabt, hierzulande auch, Auditgesellschaften und andere alles besserwissende Beratungsagenturen.

In besagtem Artikel wird auch darauf hingewiesen dass die Macht der Märkte die Politik beherrscht und der Hoffnungsträger für eine neue europäische Politik der sozialen Gerechtigkeit, Hollande, schnell wieder gezähmt werden soll. Doch, Europa müsse demokratischer werden, aber es sei « *heute ideologisierten Technokraten und Politikern ausgeliefert* », heisst es weiter in diesem Artikel. Genau das meinen wir auch, wenn wir die luxemburgische Politik in Bezug auf die politisch, demokratische Dimension der Solidarwirtschaft prüfen und wir würden hier gerne das Programm von eben François Hollande anführen, welches wir als politisches und nicht technokratisches Programm verstehen und welches auch der Luxemburger Politik als demokratische, meinungsbildende Diskussionsgrundlage dienen müsste :

François Hollande a présenté les 10 mesures qu'il propose pour soutenir le développement de l'Economie Sociale et Solidaire :

1. Faire voter une loi de programmation de l'Economie Sociale et Solidaire pour accompagner de manière durable le développement de l'ESS en réelle concertation avec les acteurs du secteur.
2. Réserver une part de l'accès aux marchés publics locaux aux entreprises de l'Economie Sociale et Solidaire.
3. Rétablir une partie des financements associatifs supprimés sans concertation et établir avec les associations une véritable contractualisation en consolidant les financements (pluriannuels), en respectant leur capacité d'initiative.
4. Réserver à l'ESS une partie des fonds de la future Banque Publique d'Investissement à hauteur de 500 millions d'euros.
5. Aider au développement de l'entreprenariat social.
6. Faciliter la transmission ou la reprise d'entreprises par les salariés, en instituant un droit de préférence de rachat, à égalité d'offre, au bénéfice des salariés.
7. Réhabiliter les contrats aidés et accompagner le développement de l'insertion par l'activité économique en révisant les conditions du financement des postes d'insertion.
8. Elargir le financement de l'innovation à l'innovation sociale.
9. Ouvrir l'économie sociale et solidaire aux jeunes notamment par la voie des emplois d'avenir, par le soutien aux Coopérative d'Activité et d'Emploi et par une politique partenariale de formation avec les associations d'éducation populaire.
10. Assurer la représentation des employeurs de l'économie sociale dans le dialogue social.

Ainsi veut-il établir un véritable partenariat Etat – collectivités locales – Economie Sociale et Solidaire qui passe également par un dialogue civil permanent avec les corps intermédiaires.

Wir sind zudem auch der festen Meinung dass es noch nicht zu spät ist « *das Ruder herumzureissen, der Demokratie eine neue Chance zu geben und den marktuntergebenen konservativen Kräften, welche die Machtlosigkeit der Politik besiegen eine Lektion zu erteilen* ». Nur müssten wir dann als fortschrittliche Kräfte zusammen den Mut aufbringen erstens, die übermässige Kontrolle und Technokratisierung durch gegenseitiges Vertauen zu ersetzen und zweitens, ein

Konzept wie das der Solidarwirtschaft nicht auf seine Reparaturfunktion gescheiterter Austeritätspolitik reduzieren, sondern, es auf der Ebene des demokratischen Fortschritts behandeln und umsetzen.

Schlussfolgerungen.

Es wird also in diesem Beitrag versucht, das Konzept der Solidarwirtschaft unter dem Aspekt eines zeitlichen Experiments der angewandten Kunst der vermeintlich realisierbaren Alternativen zu beleuchten. Das heisst, Kunst im Sinne von « anders » Können indem man, um komplexe gesellschaftliche Zusammenhänge zu beschreiben, in diesem Kontext auf fundierte wissenschaftliche Arbeit verzichtet ohne diese zu leugnen und vornehmlich künstlerische, wie literarische Möglichkeiten ausschöpft um den Erfolg oder das Scheitern eines Experiments zu beschreiben. Dies geschieht hier im Sinne der Reflexionen und Konzepte eines John Dewey, betreffend den produktiven Charakter eines jeden, erfolgreichen oder nicht erfolgreichen Experiments im Sinne der nicht möglichen direkten Messbarkeit des Nutzens der geleisteten neuen Erfahrung.

Es geht aber auch darum sich so die Möglichkeit erarbeitet zu haben darauf hinweisen zu können dass wir ganz realpolitisch gesehen an einem Wendepunkt zu einem autoritären und technokratischen oder einem dem gemeinen Nutzen dienenden demokratischen Gesellschaftsmodell stehen.

Entweder wir werden in direkter Zukunft durch gewollte, komplizierte und kompartimentierte technokratische Prozesse derart überrollt und in dem Sinne konditioniert dass es uns unmöglich wird zu einer Gesamtbetrachtung unserer Situation überhaupt noch fähig zu sein. Dies wird unausweichlich dazu führen dass wir uns im Dickicht von technokratischen Verordnungen permanent verfangen werden und somit als « Bürger » nicht mehr unseren Auftrag als Souverän eines demokratischen Staatsgebildes wahrnehmen werden können und uns deshalb von den, neoliberale Theorien verteidigenden, Führungsfiguren neokonservativer Prägung werden leiten lassen müssen.

Oder wir besinnen uns auf die Grundregeln der Demokratie die eine partizipative Gestaltung des Gemeinwesens auf der Basis einer den reellen Bedürfnissen des Menschen in den Mittelpunkt stellenden allumfassende Reflektion erlaubt und somit den Weg frei macht um eine Kultur des Gemeinwesens wiederherzustellen wo Mitbestimmung, auf allen Ebenen von Zusammenleben, seien sie ideeller, territorialer oder gar betrieblicher Natur wieder garantiert werden können.

In diesem Sinne möchte ich einen Satz von Willy Brandt anfügen der mir aktueller denn je erscheint : « Wir müssen mehr Demokratie wagen ».

Und was die Situation in Luxemburg anbelangt will ich hier den pensionierten Chefredakteur des politisch linksstehenden Tageblatt vom 28 April 2012 zitieren der in eben dieser Zeitung zum 1 Mai folgendes schreibt : «. « Man kann nichts ändern, es ist ebenso ». Die Geschichte der Menschheit lehrt wieder und wieder, dass kein Zustand währt. Alles fließt und wird anders. Die Auflehnung von Millionen und Abermillionen Europäern gegen das Primat der Finanzwelt wird, nach und nach, neue Mehrheiten an die politische Macht bringen. In Frankreich kommt Hollande

(Sozialistischer Präsidentschaftskandidat): ein Hoffnungsträger nicht nur die Nachbarn, sondern für die breite Front, die sich gegen die vermeintlichen Herren des Geldes bildet. (...) Manchmal gelingt es der Sozialdemokratie, wenn sie es denn wirklich will, das Spiel zu durchkreuzen. Dies geschah in Westeuropa nach dem zweiten Weltkrieg. (...) Wegen der unbewältigten Finanzkrise erscheint die Sozialdemokratie heute auf einmal alt und reaktionär mit ihrem Ideal des Sozialstaates, den sie zu schnell aufzugeben bereit war. Welch Fehler um nicht zu sagen : welch Verrat ! ».

Mai 2012